
Wenn Krieg zum Mittel der Politik wird, versagen die Mittel der Friedensbewegung

Gespräch mit Henryk M. Broder über die Verantwortung der Deutschen am Golf und die Rolle der Friedensbewegung*

Henryk M. Broder, geb. 1946 in Katowice, freier Journalist und Autor, lebt seit 1958 in der Bundesrepublik und seit 1981 in Jerusalem. Zur Zeit arbeitet er an einem Projekt über jüdische Kultur in Deutschland nach 1933.

Frage: Halten Sie den Krieg am Golf für notwendig?

Antwort: Inzwischen halte ich ihn für notwendig und für unvermeidlich - gegen meine eigene Überzeugung noch vor vier Wochen. Als ich Anfang Januar in Israel war, standen die Wetten noch am 15. Januar, dem Tag des Ultimatums, ungefähr 9 zu 1, daß es keinen Krieg geben werde. Ich glaube, das haben alle gehofft. Das Schreckliche ist, daß Leute, die diesen Krieg für unumgänglich halten, in die Ecke der Kriegstreiber gestellt werden, während die Friedensbewegung es sich bequem macht, indem sie rein moralische Positionen einnimmt. Ich teile sie, aber eben nur aus moralischer und nicht aus politischer Position. Der Krieg war aus einem sehr simplen Grund unvermeidlich: Es gab eine Unvereinbarkeit der Maßstäbe zwischen den Kriegsparteien. Diese Inkompatibilität lag nicht nur darin begründet, daß es im Irak selbst keine öffentliche Kontrolle über die Politik Saddam Husseins gibt, sondern daß die Prinzipien völlig verschieden sind. Der Schlüsselsatz für mich war jener von Saddam Hussein an die Adresse der amerikanischen Botschaft im Irak im letzten Sommer, als er sagte, Amerika könne sich Zehntausend Tote nicht leisten, aber er könne es sich leisten, ein oder zwei Millionen Menschen zu verlieren. Angesichts einer solchen Haltung hat jeder, der Menschenleben schonen möchte, automatisch verloren. Man kann dem nichts anderes entgegensetzen als Gewalt, so schrecklich es auch ist.

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 19. Februar 1991 in Berlin.

Und wie ist es mit dem Embargo, von dem ja viele sagen, daß es Wirkung gezeigt hätte, wenn es nur länger gedauert hätte?

Ich würde noch früher ansetzen. Der Krieg wäre zu vermeiden gewesen, wenn es eine andere Politik gegenüber dem Irak gegeben hätte - übrigens auch eine andere Politik gerade jener Länder, die dem Irak kriegerisch entgegengetreten sind. Man könnte sagen, daß der Irak exakt von jenen abgerüstet wurde, die ihn aufgerüstet haben. Das ist zynisch, aber es ist leider wahr. Dieser Krieg wäre zu vermeiden gewesen, wenn all das nicht stattgefunden hätte, was stattgefunden hat, also die Waffenexporte der Sowjets, der Franzosen, der Engländer, der Amerikaner, auch der Deutschen. Aber das sind Klagen über verschüttete Milch. Ich bin ziemlich sicher, daß ähnliches wieder passieren könnte. Kürzlich wurde bekannt, daß die Bundesrepublik unter dem Druck der Firma MBB größere Waffenexporte an Indien gebilligt hat. Damit ist klargestellt, wer die Außenwirtschaftspolitik in diesem Lande bestimmt, nämlich Konzerne und nicht die Regierung in Bonn.

Über die Wirkungen von Embargos weiß ich nicht genug. Jedenfalls hat das Embargo gegen Südafrika kaum funktioniert. Ich glaube, daß ein Embargo langfristig aus zwei Gründen nicht durchzuhalten ist. Wenn erst Fotos von Hungerleidenden erscheinen, von Kindern, die keine Versorgung haben, bricht die „Heimatfront“ zusammen - völlig zu recht. Und je länger ein Embargo anhält, umso mehr Möglichkeiten gibt es, das Embargo zu umgehen. Die Grenzen des Irak sind beispielsweise nicht abzudichten. Hätte es eine realistische Chance für ein Embargo gegeben, wäre Krieg ein untaugliches Mittel gewesen. Aber die Embargochancen waren äußerst zweifelhaft.

Zur Friedensbewegung in Deutschland: An deren Haltung zu Israel und an der Haltung vieler Linker gab es vehemente Kritik. Teilen Sie diese Kritik?

Ich teile diese Kritik vollständig und vollkommen, die übrigens nicht nur vom Ausland vorgebracht wird. Neben Biermann und Enzensberger haben viele Leute eine ähnliche Art von Kritik geübt, auch im linken Milieu. Man sollte zweierlei trennen: die Haltung zu Israel und die Haltung der Friedensbewegung zum Krieg überhaupt. Ich halte die Friedensbewegung für eine sehr anständige Bewegung. Wenn ich zum Beispiel erkenne, daß es in der Bundesrepublik nichts gibt, wofür Menschen noch sterben wollen, halte ich das für einen enormen historischen Fortschritt. Daß dieses Land moralisch demilitarisiert

worden ist, ist viel wichtiger als seine faktische militärische Abrüstung. Das ist ein gewaltiger Fortschritt.

Das Ziel der deutschen Friedensbewegung in diesem Krieg ist, moralisch sauber zu bleiben, hat Klaus Hartung in der taz geschrieben. Und so ist es in der Tat. Moralische Positionen, die politisch nicht untermauert werden müssen, lassen sich sehr leicht einnehmen und gut durchhalten. Da setzt meine Kritik an der Friedensbewegung ein. Eine Friedensbewegung bedarf eines Partners. Der Irak ist kein Partner für eine Friedensbewegung. Die Sowjetunion ist ein Partner, sämtliche europäische Staaten sind Partner, weil es unter ihnen bei aller Härte der Verhandlungen immer einen Konsens gegeben hat, auch auf der sowjetischen Seite, daß Krieg kein Mittel der Politik ist. Für den Irak ist der Krieg ein Mittel der Politik. Das hat der Irak mehrfach bewiesen: gegenüber den Kurden und anderen Minderheiten im eigenen Land, gegenüber den Persern. Man hat längst vergessen, daß es der Irak war, der den Krieg gegen den Iran angefangen hat, gleichgültig, was man von Khomeini und seinem Regime gehalten hat. Gegenüber einem Regime, das den Krieg für ein Mittel der Politik hält, versagen die Mittel der Friedensbewegung vollständig. Ich sehe da überhaupt keinen politischen oder praktischen Ansatzpunkt.

Was Israel angeht, ist die ganze Sache noch viel katastrophaler. Ich stehe der Behaup-

tung einer besonderen deutschen Verantwortung für Israel sehr skeptisch gegenüber. Ich bin immer für eine Normalisierung der Beziehungen eingetreten - auch in dem Sinne, daß man aufhört, sich mit Forderungen und Vorwürfen zu überhäufen. So etwas schafft immer Aggressionen, schlechtes Gewissen. Aber von der deutschen Linken verlange ich schon, daß sie sich überlegt, in welcher Rolle Israel steckt und was in den letzten Wochen geschehen ist. Wenn ich von der deutschen Linken spreche, meine ich eine bestimmte Fraktion, die bereit zu sein scheint, Israel langfristig oder auch schon mittelfristig zu opfern. Sollte demnächst ein arabischer Despot drohen, er werde Atombomben werfen, wenn Israel nicht etwa innerhalb von sechs Wochen oder sechs Monaten liquidiert werde, dann wäre diese pazifistische westdeutsche Linke wohl bereit, diesen Preis zu zahlen. Sie würde diesen Preis zahlen, weil nicht sie zahlen muß - sie läßt zahlen. Dieser Pazifismus ist eine politische Gratisübung auf Kosten anderer. Ich will ein paar Beispiele nennen, die mich unglaublich beeindruckt haben. Der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche hat sinngemäß gesagt, nicht einmal die gewissenlose Aggression Husseins, nicht einmal dessen Bereitschaft zum weiteren Völkermord, besonders an Israel, rechtfertige einen Krieg. Das ist ein Prinzipialismus, mit dem ich nichts anfangen kann. Das ist eine absolut billige Position, die sich auf Kosten anderer friedlich gibt. Es gibt weitere empörende Beispiele. Die Organisatorin der Friedensdemonstration Ende Januar 1991 in Bonn ist gefragt worden, warum in dem Aufruf zur Demonstration Israel gar nicht vorkommt. Die Antwort lautete, man habe keine Zeit gehabt, Israel zu erwähnen, weil die Flugblätter bereits gedruckt gewesen seien, bevor die erste Rakete in Tel Aviv eingeschlagen ist. Saddam Hussein droht die Vernichtung Israels seit Jahren an. Es wäre also genug Zeit gewesen, aber sie haben es nicht wahrgenommen oder sie wollten es nicht wahrnehmen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen, und aus all dem lese ich heraus: Man ist bereit, Israel zu opfern. Ich sehe Israel nicht so sehr kurzfristig durch die irakischen Raketen gefährdet, ich sehe es mittelfristig und langfristig dadurch gefährdet, daß die Aufgabe Israels als ein angemessener Preis für die Bewahrung und die Erhaltung des Friedens erscheinen könnte.

Worin sehen Sie diese Haltung vieler Linker begründet? Gibt es ein nicht „bewältigtes“ Verhältnis von Linken etwa zum deutschen Antisemitismus und seinen Folgen?

Die besondere Verantwortung, von der ich sprach, wird von diesen Linken übernommen, nur anders herum. Ich möchte, daß die Deutschen erst einmal eine besondere Verantwortung für sich selbst übernehmen. Deswegen war ich zum Beispiel von Anfang an für die Wiedervereinigung, weil ich sie als eine große Chance ansah, daß die Deutschen endlich ihr Verhältnis zu sich selber klären - von der Aufgabe der Ostgebiete bis zur

Herstellung einer vernünftigen Ordnung im Lande. Das, dachte ich, ist die Chance für die Deutschen, endlich wieder als eine normale Nation in die Geschichte einzutreten. Die Umkehrung der Verantwortung führt bei vielen Linken dazu, daß sie sich Israel gegenüber betont feindlich verhalten. Das hängt mit dem nichtverarbeiteten Antisemitismus in der Bundesrepublik zusammen. Die Linke hat es geschafft, den Antisemitismus in der Bundesrepublik in der Form des Antizionismus wieder salonfähig zu machen, wobei ich gleich klarstellen will, daß Kritik an Israel, Kritik an der israelischen Politik, übrigens auch falsche oder unberechtigte oder gemeine Kritik, noch lange kein Antizionismus ist. Antizionismus ist die Verweigerung des Rechtes der Juden, sich als Nation staatlich zu organisieren. Alles andere steht zur Diskussion. Ich bin gegen die israelische Besatzungspolitik. Ich bin dafür, daß Israel genauso wie die Bundesrepublik ein normales Land wird. Zu einem normalen Land gehört die Aufgabe der Besatzung unter bestimmten Sicherheitsbedingungen. Das alles ist normale politische Kritik. Zum antizionistischen Ressentiment wird es dadurch, daß Israel mit besonderen Maßstäben gemessen wird oder daß man Israel prinzipialistisch auf eine Art entgegentritt, wie es in keinem anderen Fall geschieht. Die deutsche Linke hat ein

gebrochenes Verhältnis zur eigenen Geschichte. Man spürt es jedes Mal, wenn es darauf ankommt - ob das die Dritte Welt ist, ob es um die Wiedervereinigung geht. Die deutsche Linke kommt mit sich selbst und mit ihrer Geschichte nicht klar. Das ist dieselbe Linke, die ansonsten nicht so pazifistisch ist. In derselben taz lese ich die Parole „Kein Krieg am Golf“ und einen Aufruf „Waffen für El Salvador“. Dort ist Waffengewalt also legitim? Diese Art von pazifistischer Militanz ist relativ neu.

Woher rührt dieser linke Antisemitismus?

Es ist eine Wiederaufnahme der Tradition. Es hat in der Linken genauso wie in der Rechten immer eine antisemitische Strömung gegeben. Das wird gelegentlich vergessen. Es hat immer einen linken Antisemitismus gegeben, in der KP, in den Gruppen links der KP, teilweise auch in der Sozialdemokratie. Links von der Sozialdemokratie war der Antisemitismus immer ein politisches Mittel, an Massen heranzukommen. Er war oft taktisch gemeint. Die Linke ist in den guten Ruf geraten, nicht antisemitisch zu sein, weil sie das Pech hatte, von den Nazis verfolgt und dezimiert zu werden. Sie hat sozusagen ihr moralisches Alibi durch die Verfolgung, die sie erlitten hat, langfristig als politischen Kredit angelegt. Juden sind verfolgt worden, Linke sind verfolgt worden - also können Linke keine Antisemiten sein. Das ist ein idiotischer Vergleich. Die Linke unterliegt dem Mißverständnis, daß Verfolgung adelt - Auschwitz sozusagen als die größte und effektivste Besserungsanstalt der Welt. Tatsächlich sind weder die Juden noch die Linken durch die Verfolgung veredelt worden. Die Linken sind genauso groß geworden wie alle anderen auch; sie haben den Mief der Wohnküchen in sich aufgenommen. Und in den linken Wohnküchen gab es genau denselben antisemitischen Mief, genau denselben Haß gegen Minderheiten, gegen Schwule wie in allen anderen Wohnküchen. Das ist von Linken nie hinreichend reflektiert worden, weil sie sich aufgrund der Tatsache, daß sie links sind und für Verständigung und für Völkerfreundschaft eintreten, für die besseren Menschen halten. Aber: Linke betrügen ihre Frauen genauso wie sie das Finanzamt belügen und besoffen Auto fahren. Sie machen eben alles, was andere Menschen auch machen. Es gibt keinen Unken moralischen Bonus. Deshalb sind Linke für Antisemitismus genauso anfällig wie andere auch.

Wäre es nicht an der Zeit, daß die deutsche Linke sich mit diesen Zusammenhängen intensiver befaßte?

Das tut sie inzwischen. Ich habe im Jahre 1976 mit dieser Arbeit begonnen, als die Air-France-Maschine nach Entebbe entführt wurde und als dort zum ersten Mal nach dem Holocaust wieder Juden von Nichtjuden selektiert wurden. Die Selektion ist von jungen westdeutschen Revolutionären durchgeführt worden. Anschließend, als die Israelis ein Kommando nach Entebbe schickten, um die Geiseln zu befreien, hat sich fast die gesamte westdeutsche Linke nicht über die Entführung und die Selektion aufgeregt, sondern über die Verletzung der staatlichen Souveränität Ugandas durch Israel. Damals habe ich den ersten Schritt des Abschieds von dieser Art der Linken getan. Ich muß zugeben, daß sich seitdem etwas geändert hat. Ich lese heute in Linken Zeitungen und Zeitschriften (z.B. taz, Konkret) Beiträge, die beweisen, daß sich die deutsche Linke verändert und auffächert. Sie ist nicht mehr so monolithisch, wie sie noch vor zehn Jahren war.

Die deutschen Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, in Länder des Nahen Ostens, insbesondere die deutschen Giftgaslieferungen an den Irak und die Reichweitenverlängerung der Scud-Raketen - drückt sich darin nicht eine noch viel markantere Spielart von Antisemitismus aus? Oder geht es dabei nur um Gewinnsucht, Konkurrenzdruck oder ähnlich gängige Motive?

Ich glaube, diese Exporteure sind wirklich im allerschlimmsten Sinne des Wortes

unschuldig. Ich glaube, sie hätten dieselben Systeme und Waffen auch an Israel geliefert. Es kommt allein auf Umsätze und Gewinne an. Aber diese Art von Unschuld entschuldigt gar nichts, denn sie müssen wissen, wem sie es liefern und sie müssen wissen, gegen wen es eingesetzt wird.

Fehlt es da nicht auch an Vergangenheitsbewältigung?

Es fehlt vollkommen an politischer Reflektion, an politischem Wissen und an politischer Verantwortung. Aber das würde ich nicht als Antisemitismus klassifizieren. Es ist ihnen schlicht und einfach gleichgültig, gegen wen die Waffen eingesetzt werden. Dahinter stecken Menschenverachtung und Profitstreben. Giftgas zum Beispiel ist gegen die Kurden längst „erfolgreich“ eingesetzt worden. Was ich am deutschen Gewissen so schäbig finde, ist, daß es immer dann aufwacht, wenn es um Juden geht. Ich mag es nicht, daß das deutsche Gewissen immer dann moralisch und anständig wird, wenn es um Juden geht. Es hätte spätestens bei den Kurden aufwachen müssen. Was bei der deutschen Industrie vorliegt, würde ich als kriminelle Unschuld bezeichnen.

Und die setzt sich sozusagen urwüchsig durch?

Sie könnte sich nicht durchsetzen, wenn es gesellschaftliche Kontrollen gäbe, wenn es entsprechende Maßnahmen der Regierung gegeben hätte, die alles gewußt und über Jahre die Hände in Unschuld gewaschen hat. Das gilt für alle Regierungen, nicht nur für die amtierende. Es gab immer nur einzelne Initiativen von klugen, anständigen Leuten wie Petra Kelly oder Norbert Gansel oder von Institutionen wie amnesty international oder der Gesellschaft für bedrohte Völker. Auf der Regierungsebene ist nichts davon angekommen. Das ist ein Stück der deutschen Nachkriegsheuchelei. Man hat Rituale eingeführt, man hat die Woche der Brüderlichkeit gefeiert, man hat sich präsentiert als hätte man die Lehren aus der Geschichte begriffen und unter der Hand hat man weitergemacht als sei nichts passiert. Die Verantwortung dafür hat eindeutig die Regierung, dafür ist weder die deutsche Linke noch die deutsche Öffentlichkeit verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, wenn etwas funktioniert hat, dann die deutsche Öffentlichkeit. Fernsehmagazine wie Panorama, Report, Monitor, Zeitungen und Zeitschriften haben seit Jahren informiert und gewarnt.

Ist es nicht so, daß die deutsche Industrie nach 1945 vermieden hat, öffentlich ihre Verquickung mit dem Nationalsozialismus zu bekennen, und daß daraus jetzt diese Konsequenzen erwachsen?

Eine Grauzone des Bewußtseins, des faktischen Handelns, auch der Erinnerung. Es war schwierig genug, in diesem Lande die Einbindung von Ärzten, Juristen, Architekten, Städtebauern in den Nationalsozialismus aufzudecken. Am wenigsten Aufarbeitung gab es im Hinblick auf die deutsche Industrie, angefangen von Arisierungsmaßnahmen und der Finanzierung der NSDAP bis hin zu Rüstungsgeschäften und zur Ausbeutung der Zwangsarbeiter. Da ist ein ungeheuer schäbiges Kapitel, und diese Industrie ist einfach notorisch unschuldig. Das, was damals stattgefunden hat, ist für die deutsche Industrie - vor allem für die Rüstungsindustrie - kein Grund, sich ihre jetzige Position neu zu überlegen, weil sie ja unschuldig ist. Ich glaube, sie sind auch nicht genug genötigt worden, Farbe zu bekennen. Deswegen geht es heute vielfach mit demselben Bewußtsein weiter. Es gibt eine deutsche Firma, die Kammern für die Vergasung von Tieren in den Irak geliefert hat - und die dazugehörigen Hunde hinterher. Diese Geschichte haben ZDF und ARD gesendet. Es ist überhaupt nichts geschehen. Die Firma ist inzwischen pleite, aber es gibt Vermutungen, daß sie unter anderem Namen anderswo weitermacht. Die Gaskammern hießen in den Prospekten der Firma „toxikologische

Inhalationssysteme“. Das ist die alte Mentalität, die einen Massenmord „Endlösung“ genannt hat. Es ist jene Mentalität, die noch für jedes Verbrechen einen sauberen Begriff gefunden hat. Deswegen haben wir - Eike Geisel, ein paar andere Freunde und ich - von der gespenstischen Zusammenarbeit zwischen der deutschen Rüstungsindustrie und der deutschen Friedensbewegung gesprochen - eine These, die viele empört hat. Ich gebe zu, daß sie gemein ist, polemisch, zugespitzt, niederträchtig. Aber sie stimmt. Die deutsche Rüstungsindustrie hat Saddam Hussein mit aufgebaut und die deutsche Friedensbewegung hat ihm die moralische Nachrüstung gegeben, indem sie aus ihm das unschuldige Opfer einer Aggression gemacht hat. Da arbeiten beide - unfreiwillig natürlich - Hand in Hand.

Es waren im wesentlichen die Amerikaner, die Saddam Hussein bekämpft haben. Wie erklären sie die Rolle der Amerikaner in der deutschen Öffentlichkeit?

Da findet eine seltsame Überlagerung statt. Kürzlich sah ich hier in Berlin ein Plakat „Gestern Berlin, heute Bagdad“. Es gab in der deutschen Diskussion sehr viele Anklänge an das, was die Amis damals in Deutschland angerichtet haben. In Kreuzberg gab es Graffiti wie: „Bush geht auch über unsere Leichen“. Ich glaube, daß die Identifikation mit dem Irak weitgehend die Identifikation zweier Opfer ist, nämlich des deutschen Opfers mit dem irakischen Opfer angesichts des gemeinsamen Aggressors, der Amerikaner. Dan Diner hat den klugen, witzigen und gemeinen Satz geprägt, wonach die Deutschen es den Amerikanern nie verzeihen werden, daß sie sie vom Nationalsozialismus befreit haben. Das trifft natürlich keineswegs für alle Deutschen zu, aber es ist etwas dran. Es überrascht mich, daß die ältere Generation - von 50 aufwärts - dieses antiamerikanische Ressentiment viel weniger hat als die der 20- bis 30jährigen. Ich habe dafür keine Erklärung. In Köln sah ich tausende junger Deutscher auf der Straße, die riefen: USA - Internationale Völkermordzentrale. Das ist unglaublich. Alice Schwarzer behauptete kürzlich im Fernsehen, die Amerikaner hätten nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen umgebracht, und sie sei froh, daß sie hier von den Amerikanern nicht beschützt werden müsse. Sie hat vergessen, daß wir unsere Klappe nur deshalb so weit aufreißen können, weil die Amerikaner hier mit einem Mordsystem aufgeräumt haben.

Hätte es nicht sein können, daß Saddam Hussein, wenn die Amerikaner nicht am Golf gekämpft hätten, demnächst, wenn er die größten Erdölreserven unter seiner Kontrolle hätte, dafür sorgen könnte, daß bei uns nicht nur die Lichter, sondern vor allen Dingen die Motoren ausgingen?

Mit Sicherheit. Ich wüßte gerne, was die Friedensbewegung dann sagen würde. Deswegen ist die Parole „Kein Blut für Öl“ so idiotisch. Neben dieser Parole taucht wieder der Satz auf: „Ami go home“. Das ist eine klare Projektion. Während des Vietnamkriegs haben wir uns auf die Straße gestellt und gebrüllt „USA – SA - SS“. Eine deutlichere Übertragung der deutschen Geschichte auf das Verhältnis Amerika-Vietnam konnte es gar nicht geben. Der deutsche Underdog stand auf, der von den Amis niedergedrückt wurde und wollte die späte Genugtuung erfahren, daß die Amis nicht nur Deutschland niedergemacht haben, sondern mit anderen Nationen genauso verfahren. Diese „Genugtuung“ stellt sich jetzt wieder ein. Offenbar sind die Amerikaner der ewige Aggressor, gegen die sich die überfallenen Völker zur Wehr setzen müssen. In dieser Hinsicht vertritt die deutsche „Nationalzeitung“ die Position der deutschen Friedensbewegung: „Kein Blut für Öl“ und „Sollen deutsche Soldaten für Israel und für Amerika sterben?“ Es ist schlimm, daß die Amerikaner den Irak bombardieren, aber die Parole „Kein Blut für Öl“ kommt zu spät, weil Saddam Hussein bereits sehr viel Blut für Öl vergossen hat. Ich war überrascht, daß zum Beispiel die deutsche Linke von den Menschenrechtsverletzungen in Kuwait selbst nichts wissen wollte. Da gibt es einiger-

maßen zuverlässige Berichte aus arabischen Quellen, die hier überhaupt nicht angekommen sind. Wenn Saddam Hussein jetzt nicht gestoppt worden wäre, hätte er 40 bis 50 Prozent der Weltölreserven unter seine Herrschaft gebracht. Sein Krieg ist sehr wohl ein Krieg, bei dem Blut für Öl und Öl für Blut gehandelt wird. Das hat die deutsche Friedensbewegung nicht realisiert.

Wie kann der Nahe Osten nach dem Ende des Golf-Kriegs in einen möglichst friedlichen Zustand versetzt werden? Wie kann zum Beispiel die Palästina-Frage gelöst werden?

Auf einem Plakat des DGB las ich die Parole „Lieber Jahre verhandeln als eine Stunde Krieg“. Das ist richtig, aber es ist genau die Art von politischer Naivität, die ich nicht mehr hören kann. Selbstverständlich verhandelt man lieber als einen einzigen Menschen umzubringen. Das gilt auch für Geiselnahmer - etwa in den Fällen Schleyer und Moro - und man hat sich nicht daran gehalten: Am Ende kam es doch zu einem kleinen Krieg. Nun macht die Forderung nach einer internationalen Konferenz für den Nahen Osten die Runde. Das ist ein erstaunliches Manöver der Selbsttäuschung, das mich deshalb überrascht, weil die Deutschen für sich selbst auf eine sehr kluge Weise anders entschieden haben. Die Bundesrepublik hat ihre Konflikte mit europäischen Nachbarn bilateral gelöst. Es gab Verträge mit Frankreich, mit der Sowjetunion, mit Polen und am Ende sogar mit der DDR. Es gab keine europäische Friedenskonferenz. Wenn man zum Beispiel von Köln nach Maastricht fährt, kreuzt man eine Waffenstillstandslinie. Es ist keine völkerrechtlich anerkannte Grenze. Aber diese Waffenstillstandslinie hält, und keiner denkt daran, dort einen Schuß abzugeben. Diese Regelung beweist, wie man mit einem pragmatischen Provisorium langfristig Sicherheit erzielen kann. Nun soll im Nahen Osten eine große internationale Konferenz stattfinden, bei der nach Meinung vieler alle Probleme gelöst werden sollen. Man macht sich überhaupt nicht klar, wie viele Probleme es sind: da ist der Libanon-Konflikt; da ist die Kurden-Frage, an der fünf Länder beteiligt sind; da ist der Iran-Irak-Konflikt; da ist der Irak-Kuwait-Konflikt und nicht zuletzt der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Meint man womöglich, daß die Anhäufung unlösbarer Probleme ihre Lösbarkeit befördert? Ich sehe in solchen Konzepten eher den Versuch, die Probleme hinauszuschleppen, während so getan wird, als trage man etwas zu ihrer Lösung bei - ein politischer Symbolismus, der völlig unpraktisch ist.

Der Konflikt, der noch am ehesten lösbar ist, scheint mir der Palästina-Konflikt zu sein. Dieser Konflikt besteht zu 90 Prozent aus gegenseitiger, berechtigter Angst, aus

Hysterie. Ich erkenne die Angst der Palästinenser vor den Israelis als völlig berechtigt an - und umgekehrt genauso. Wenn ein Palästinenser in einen israelischen Bus steigt und diesen Bus dann in den Abgrund steuert, dann muß jeder Israeli, der Bus fährt, jeden Palästinenser, der ihm begegnet, als einen potentiellen Täter ansehen. Und umgekehrt genauso: Wenn ein Israeli ein Gewehr nimmt und sieben Palästinenser niederknallt, die an einer Haltestelle warten, muß jeder Palästinenser jeden Israeli als einen potentiellen Mörder sehen. Ich kann diese gegenseitige Angst gut verstehen. Aber der Konflikt ist dennoch zu lösen, weil die Vorgaben, die Optionen klar sind: Es kann entweder die Macht im Lande geteilt werden oder das Land kann geteilt werden. Die Macht kann im Lande geteilt werden, indem ein binationaler Staat eingerichtet wird nach dem Prinzip „one man - one vote“, das heißt die Gebiete, die jetzt besetzt sind, werden annektiert, und die Palästinenser werden zu vollen und gleichberechtigten Bürgern Israels. Theoretisch wäre ich dafür, praktisch bin ich dagegen, weil ich nicht möchte, daß die Palästinenser auf eine unabsehbare Zeit unsere Wasserschlepper bleiben. Sie müssen einen eigenen Staat haben, sie müssen ihre eigene Organisation haben, sie müssen sich um sich selbst kümmern und dann kann man irgendwann darüber reden, wie man die Grenze wieder aufhebt. Das heißt, die zweite Option kommt in Frage. Man teilt das Land, so wie Palästina schon einmal geteilt

wurde, mehr oder weniger wieder entlang der Grenzen von 1967. Es gibt einen palästinensischen Staat, ein palästinensisches Heimatland. Es muß nicht sofort ein Staat sein, man kann Stufenregelungen vorsehen, die auf einen Staat hinführen. Es gibt keine andere Lösung. Die Alternative zu diesen beiden Lösungen wäre nur der gemeinsame Untergang, was beide Seiten inzwischen begriffen haben. Es ist hierzulande nicht so bekannt, daß die Palästinenser wissen, daß es einen palästinensischen Staat ohne Israel nicht geben kann. Wenn es, Gott behüte, den jüdischen Staat Israel nicht gibt, dann wird es auch keinen palästinensischen Staat geben, weil dann jedes Druckmittel und jedes Interesse bei den arabischen Staaten entfallen wäre. Andererseits kann es kein demokratisches, pluralistisches Israel geben, das Besatzungsmacht spielt. Man kann nicht zu Hause Demokratie praktizieren und vor der Haustür Besatzungsregime sein. Das heißt, daß beide Seiten ein Interesse daran haben, den Konflikt aufzulösen. Die Entwicklung der letzten Jahre war eigentlich relativ positiv. Es gab Umfragen, es gab empirische Studien, bei denen sich auf beiden Seiten die Erkenntnis durchsetzte, daß es so nicht weitergeht.

War dieser Krieg der Vorbote einer großen Nord-Süd-Auseinandersetzung?

Es ist kein Nord-Süd-Krieg, diese Art der Erklärung bietet allerdings die einzige Möglichkeit, der antiimperialistischen Bewegung zu einem Weiterleben zu verhelfen. Natürlich gibt es Elemente von Unterdrückung, von Ausbeutung, einfach gesagt: von nicht gerechter Verteilung von Wohlstand. Aber das ist längst keine Nord-Süd- oder Ost-West-Frage mehr. Es gibt das Problem der ungerechten Verteilung von Wohlstand innerhalb der arabischen Länder. Hier wird immer wieder vergessen, daß es sich um eine der reichsten Regionen der Welt handelt, die so reich ist, daß, wenn der Reichtum gut eingesetzt würde, Europa dagegen zu einem Armenhaus verkäme. Saddam Hussein hat die Einnahmen aus den Ölgeschäften der letzten Jahre offenbar vollständig dazu verwendet, das Land in eine Festung zu verwandeln. Da blieb für soziale Projekte wenig übrig. Man muß sich klarmachen, daß in Arabien die Aufklärung nicht stattgefunden hat. Es haben sich bestimmte Werte, die in Europa weitgehend Allgemeingut geworden sind, nicht durchgesetzt. Es gibt Feudalsysteme und es gibt sogenannte antiimperialistische Diktaturen, die mit ihren Völkern genauso tyrannisch umgehen wie die Feudaldiktaturen. Es ist nicht eine Frage der ungerechten Verteilung zwischen Nord und Süd, zwischen den armen Ländern in Arabien und den hochentwickelten europäischen und amerikanischen Ländern. Die Frage ist, wie die arabischen Länder den Reichtum, auf dem sie sitzen, selbst nutzen. Bisher hat sich eine vernünftige Art, diesen Reichtum für die Entwicklung der

Region zu nutzen, noch nicht durchgesetzt. Ich verstehe also, daß die Völker dort frustriert sind. Ich verstehe nicht, warum die Frustrationen sich nicht gegen die eigenen Regimes wenden, sondern ein Ventil brauchen, einen Sündenbock. Die Verbrechen der Ersten Welt an der Dritten Welt sind zweifellos furchtbar. Wenn wir hier ein Kilo Bananen kaufen, das 1,50 DM kostet, dann weiß ich genau, es müßte 15 DM kosten, damit die Plantagenarbeiter in Mittelamerika annähernd so gut leben könnten wie wir. Es findet immer noch Ausbeutung statt, aber nicht im Verhältnis zwischen Europa und den arabischen Ländern. Es gibt eine gegenseitige Abhängigkeit. Genauso wie Europa Erdöl braucht, brauchen die arabischen Länder Aspirin und Maschinen. Das heißt, die wirtschaftliche Macht kann nach beiden Richtungen hin genutzt werden.

Ist es denn denkbar oder erstrebenswert, daß die arabischen Länder sich demokratische, sozialstaatliche Strukturen aneignen, die sich historisch als die für die Menschen geeignetste Staatsform herausgestellt haben?

Man muß wahrscheinlich mit der Idee leben, daß es nicht kompatible Systeme geben wird, die nebeneinander bestehen bleiben. Das Problem ist, inwieweit man Systeme

tolerieren oder auch fördern kann, die sich von unseren Werten so eindeutig unterscheiden. Wie gehe ich mit einem System um, das Ehebrecher steinigen und Dieben die Hand abhacken läßt. Ich kann das nicht akzeptieren und auch nicht Toleranz ausüben. Die Gleichheit, die dadurch vermittelt wird, daß dieselben Leute, die dort den Dieben die Hand abhacken, mit derselben Kreditkarte ihre Flüge bezahlen, wie ich es auch tue, ist eine Illusion. Wir sind gleich auf der Ebene der technischen Kooperation, aber wir sind ganz und gar ungleich auf der Ebene der Werte. Und dabei wird es eine Weile bleiben. Entsetzlich finde ich, daß es hier eine eigentümliche Bewunderung für diese Despotien gibt. Je brutaler und rücksichtsloser so ein System ist, umso mehr Rücksichtnahme diesem System gegenüber wird hier erwartet.

Es sind Vergleiche zwischen Saddam Hussein und Hitler angestellt worden. Gibt es eine Ähnlichkeit, was die Faszination von Macht und Brutalität angeht?

Vergleiche hinken immer, obwohl ich diesen für richtig, berechtigt und begründet halte. Es gibt diese Faszination des Bösen, der vor allem die Guten erliegen. Sie erliegen dieser Faszination so leichtfertig, weil sie so sehr damit beschäftigt sind, immer gut zu sein.

Während ein Bundeskanzler zu allerlei Sitzungen gehen muß, sich beraten muß, Prügel bezieht; während ein amerikanischer Präsident zum Kongreß und Senat gehen muß und sich alle möglichen Genehmigungen geben lassen muß, entscheidet ein Saddam Hussein allein und handelt. Dadurch werden viele verschüttete, verdrängte, verleugnete Autoritätsbedürfnisse aktiviert. Ich glaube, er imponiert ganz vielen Leuten. Auf der Ebene der bewußten politischen Entscheidung lehnen wir es ab, aber ganz unbewußt finden wir den autoritären Vater, der entschlossen entscheidet, toll. Das ist eine Ebene, über die noch zu wenig nachgedacht worden ist. Gerade die antiautoritäre Bewegung hat - deshalb der Name - Probleme mit der Autorität. Je antiautoritärer sie ist, desto anfälliger ist sie für autoritäre Handlungen. Genauso wie die katholische Kirche ein Problem mit der Pornographie hat und sich dem Gegenstand ihrer Begierde nur in der Form der Ablehnung nähern kann, kann die antiautoritäre Bewegung ihre Sympathien für die Autoritäten nicht verhehlen.